

Zumutungen und Selbstbestimmung

Subjekte in Neoliberalismus und Krise

Christina Kaindl

Noch Anfang 2011 war das Sprechen über die »Subjekte in der Krise« von Analysen der Blockaden, ausbleibender Proteste und ungerichteter Unzufriedenheiten bei den Menschen geprägt. Die Leitfragen (nicht nur für Deutschland) drehten sich darum zu klären, warum trotz des offensichtlichen Scheiterns des Neoliberalismus in der globalen Krise, sich kaum Protest zu regen schien (vgl. etwa Detje et al. 2011). Die Zeitregime, die Lebensweise, die Subjektanrufungen des Neoliberalismus schienen sich durch dessen Krise hindurch halten zu können.

Inzwischen ist dieses Bild ganz gewandelt: Proteste, Besetzungen, Massendemonstrationen und das Bestehen auf alternative Formen der Verteilung von materiellem Reichtum, politischem Einfluss, einem anderen Gesellschaftsmodell sind in fast der ganzen Welt aufgeflammt – vor allem dort, wo Arbeitslosigkeit und neoliberale Formen des Krisenmanagements mit Kürzungen im Sozialen und der öffentlichen Infrastruktur die Lebensbedingungen rapide verschlechtert haben. In Deutschland scheint es vergleichsweise ruhig zu sein: nach den ersten Demonstrationen gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf die breite Bevölkerung 2009 und die Kürzungspolitik 2010 hat sich wenig getan. Am 15. Oktober 2011 sind »plötzlich« im Rahmen des globalen Aktionstages 40.000 Menschen auf die Straßen gegangen, anders als in anderen europäischen Ländern haben sich aber kaum dauerhafte Strukturen, gemeinsame Positionen oder wahrnehmbare Präsenz herausgebildet. Schon diese oberflächlichen Beobachtungen lassen darauf schließen, dass das Weiterwirken des Neoliberalismus vor dem Hintergrund seines Scheiterns die Subjekte unterschiedlich erfasst, das Ausbleiben von Protest aber nicht als Zeichen der Zustimmung aufgefasst werden kann.

Subjekte im Neoliberalismus

Neoliberale Politik hat in vielfältiger Hinsicht auf eine Veränderung der Haltungen, Denk- und Lebensweise der Menschen gezielt. Dies zielte einerseits darauf, dass die Menschen mit den technischen und organisatorischen Anforderungen der neuen Produktionsweise, einer Restrukturierung des Kapitalismus angesichts der Krisen der 1970er Jahre, zurechtkommen, in ihnen arbeiten, sie weitertreiben können sollten.

Der Wert der Arbeitskraft – wie der aller Waren – reproduziert sich durch einen sozialen Konflikt: »Individuen müssen immer wieder von Neuem auf das abstrakte Arbeitsvermögen hin normalisiert und subjektiviert werden, so dass sie überhaupt erst eine Ware Arbeitskraft sein können und sich die Paradoxie ertragen lässt, jeweils zu arbeiten, um sich zu reproduzieren, um erneut gewinnbringend für andere zu arbeiten und zu konsumieren usw.« (Demirovic 2003: 46 f.) Das Ringen um die Herstellung des Arbeitsvermögens – sowohl die formalen Qualifikationen, Bildung,

als auch die Selbstverständnisse und Selbstverständlichkeiten – sind also dauernder Gegenstand von Politik. Besonders relevant werden sie, wenn Althergebrachtes überdacht werden muss, wenn aufgrund von Entwicklungen innerhalb einer Produktionsweise oder der Herausbildung einer neuen diese Selbstverständnisse und Subjektverhältnisse grundlegend überdacht werden müssen.

Durch die Fragmentierung der Wertschöpfungsketten und ihre Streuung über den Globus, mit der Dezentralisierung wichtiger Managementfunktionen entsteht in den Betrieben ein Kontrolldilemma (vgl. Dörre 2003: 18): einerseits erwachsen daraus Versuche lückenloser elektronischer Überwachung der Arbeitsabläufe, darüber hinaus – und effektiver – kommt es immer zu Zielvereinbarungen, die zunächst von der Unternehmensspitze formuliert und dann auf die unteren Segmente heruntergebrochen, übersetzt, ausgehandelt werden. »So entsteht ein verzweigtes Netz aus individualisierten Aushandlungen, Absprachen und Quasi-Verträgen, das auf kommunikative Steuerung angewiesen ist« (Dörre 2003: 19). Das neue Herrschaftsmodell könne beschrieben werden als »Marktzwang, gepanzert mit Kommunikation« (ebd.). »Social capacities« und »soft skills« werden zunehmend wichtig. An die arbeitenden Subjekte werden diese als Forderung nach (»intrinsischer«) Motivation, Loyalität, dauernder mentaler und physischer Fitness formuliert. Das Selbstvertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu stützen wird kombiniert mit dem ganz traditionellen Druck, der Arbeitslosigkeit und der sozialen Unsicherheit und Angst vor der Zukunft zu entkommen (vgl. (Hentges et al. 2003: 30). Die flexible Arbeitsweise wird so ausgerichtet, dass Konjunkturschwankungen aufgefangen werden können, ohne die Gewinnzone zu verlassen. Durch die Umgestaltung des Leistungs- und Zeitregimes in den Betrieben kommt es zu faktischen Arbeitszeitverlängerungen und zu einer wachsenden Arbeitsbelastung. Wachsende Teile des individuellen Lohns werden aus den tariflichen Regelungen herausgenommen und an betriebliche Leistungsparameter gebunden.

Computer und Informationstechnologie spielen für die Kapitalverwertung eine zentrale Rolle; beide sind durch schnelle Innovationen, technische Neuerungen wie Soft- und Hardware-Entwicklung gekennzeichnet. Die Produktionsmittel müssen also permanent (von den Beschäftigten oder in outgesourcten Forschungsunternehmen) vorangetrieben, verbessert, neu erfunden werden, gleichzeitig müssen (andere Beschäftigte) mit den Neuerungen umgehen, die Maschinen und Computer bedienen können usw. Dadurch rückt sowohl die Fähigkeit, Innovationen voranzutreiben, als auch sie »ausführend« und »bedienend« nachzuvollziehen in den Fokus der gesellschaftlichen Diskussion, vor allem in Diskursen um Bildung und Lernen. So zeigt sich die Rolle der Bildung bereits in allgegenwärtigen Zeitdiagnosen der aktuellen Gesellschaft etwa als »Wissengesellschaft«, »Informationsgesellschaft« etc. Jessop schlägt für die postfordistische Formation den Begriff »wissensbasierte Ökonomie« (Jessop 2003: 89) vor. In der Transformation der Produktionsweisen befreien sich die »materiellen Produktivkräfte« von den Fesseln der mit ihnen in Widerspruch geratenen »Produktionsverhältnisse« (MEW 13:9). Entsprechend machen sich in den »alten Bildungs-/Ausbildungsstrukturen [...] die Umwälzungen in der Produktionsweise als Unzulänglichkeit bemerkbar« (Haug 2004: 448).

Die aus dem Fordismus stammenden Erwartungen, Hoffnungen, Träume – so widersprüchlich und unlebbar sie bisweilen waren – wurden geschliffen zu Gunsten der neuen »Freiheit«: Nicht mehr der Massenkonsum steht im Vordergrund, die Aus-

gleichsmöglichkeiten von Gewerkschaften und Sozialstaat werden zurückgedrängt. Die Aushöhlung des Sozialstaates und die neuen Verwertungsstrategien werden umgesetzt in einer Rhetorik der Aktivierung von individuellen, emotionalen und kreativen wie materiellen Ressourcen. Nicht so sehr die Einpassung der Einzelnen in gesellschaftlich vorgestanzte Subjektivitätsformen, die Sexualität und Lust abschneiden, steht im Vordergrund, sondern der Aufruf, »man selbst zu werden« (Ehrenberg 2004), indem man sich selbst auf den Markt – der Waren und Arbeitskraft – wirft. Eingezwängt in fremdbestimmte, betriebliche kontrollierte Grenzen beschränkt sich die Autonomie allerdings auf einen engen Bereich des für die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens Förderlichen oder am Markt Verwertbaren. Damit sind Beschäftigte gezwungen, Flexibilitäts- und Effizienzanschauungen, unternehmerisches Denken in ihre eigenen Denk- und Handlungsmuster zu internalisieren.

Die neuen Anforderungen zeigen sich in Managementratgebern und Unternehmenskulturen, in Arbeitsplatzbeschreibungen und der Umstrukturierung von Arbeitsplätzen: flache Hierarchien, Vertrauensarbeit, Job-Familien, atmende Fabrik und all die Zauberworte, die die Flexibilisierung der Arbeitenden in Lohn und Arbeitszeit, Stress und Qualifizierung anpeilen.

Im Rahmen des »Total Quality Management« haben Grundvorstellungen der humanistischen Psychologie Eingang in die Betriebsrealität gefunden und verbinden »Effizienzsteigerung und Markterfolg für Unternehmen wie für andere Institutionen« mit Modellen des Managements der eigenen Person, »wie sie sich aus der Ratgeberliteratur zum Persönlichkeits-Coaching und Selbstmanagement erschließen lassen. Sie konvergieren im Leitbild des ›Unternehmers seiner selbst‹« (Bröckling 2002: 158).¹ Die erfolgreiche Implementierung dieser Techniken in der Arbeitswelt kann zurückgreifen auf einen aus den sozialen und politischen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre erwachsenen Trend, in dem die öffentliche Thematisierung von Emotionen und ihr Einsatz für gelingende Beziehungsformen, der Bezug auf Sexualität und Selbstverwirklichung gegen fordistische Zumutungen gewandt wurden. Sie werden in eine passive Revolution (Gramsci) gezogen: Die gegen die Anforderungen der fordistischen Produktionsweise gerichtete Kritik, die Selbstverwirklichung in der Arbeit gegen die ›emotional unengagierten Handlungen‹ fordistischer Vernunft setzt, wird aufgegriffen und – vermarktet – zurückgereicht. Mit dem Rückzug der Bewegungen blieb die zentrale Stellung der psychologischen Diskurse und ihrer Institutionalisierungen, die Selbstverwirklichung als Problem individueller Arbeit am eigenen Selbst konzipierten: wir seien »selbst dann Herr im eigenen Hause [...], wenn es brennt« (Illouz 2006: 75).

Die Anforderungen aus Betrieb und Betriebsweise verallgemeinern sich in der Gesellschaft über vielfältige Vermittlungsinstanzen – »organische Intellektuelle« in Gramscis Sinne, die »Übersetzungsarbeit« leisten in die Lebenszusammenhänge der Einzelnen hinein: Ratgeber und Kampagnen von Unternehmen und des Staates verfolgen einen leicht zu durchschauenden »Lehrplan«. Die Umgestaltung des Wohlfahrtsstaates spielt hier eine zentrale Rolle bei der »Erziehung der Arbeitskräfte« (Candeias 2004). Andere übernehmen diese Funktion aus ihrem Agieren in den gesellschaftlichen Widersprüchen: SozialarbeiterInnen, die den Umgang mit den neuen Paradigmen des Sozialstaates vermitteln, TherapeutInnen, die nach der Erschöpfungsdepression Strategien zum Wiedereinstieg entwickeln, Kulturschaffende, die aus den Alltagserfahrungen der Menschen Geschichten übers Überleben darin

umsetzen, die eigene Prekarität dabei »sportlich« als Ressource für Kreativität nehmend.

Die Forderung »man selbst zu werden« und sich selbst als grenzenlose Kapitalisierungsmaschine zu betrachten, sieht Ehrenberg im Zusammenhang mit der Ausweitung der Krankheit »Depression«, die »uns die aktuelle Erfahrung der Person [zeigt] denn sie ist die Krankheit einer Gesellschaft, deren Verhaltensnorm nicht mehr auf Schuld und Disziplin gründet« (Ehrenberg 2004: 9). Den Rückgang der Zwangsneurosen (als Ergebnis von gesellschaftlichen Normen, die Wünsche und sexuelles Begehren verurteilen und der Verdrängung anheimstellen) zugunsten der depressiven Erkrankungen sieht Ehrenberg in diesem Zusammenhang. Gleichzeitig wandle sich das Verständnis von Depression seit den 1980er Jahren: »Die alte traurige Verstimmtheit wird zu einer Handlungsstörung und das in einem Kontext, in dem die persönliche Initiative zum Maß der Person wird« (ebd.: 13). Die neoliberale Mobilisierung und Individualisierung lege die Grundlage für die Erschöpfungszustände, die für die Depression kennzeichnend sind, und den Aufstieg von Antidepressiva zur »Volksdroge«; deren Versprechen sei es, die Anforderungen der Selbstführung und Selbstverantwortung zu bewältigen.

Die Rhetorik von Aktivierung und Entscheidung legt nahe, dass mangelnder Erfolg nicht auf strukturelle gesellschaftliche Probleme, sondern auf individuelles Ungenügen zurückzuführen ist. Werden die personalisierenden Nahelegungen in die eigenen Sichtweisen übernommen, gehen die Aktivierungsforderungen leicht in die Selbstbezeichnungen über, die für Depressionen typisch sind (vgl. Steinrück 2005).

Dabei verlaufen diese Prozesse nicht widerspruchsfrei, sind gesellschaftlich umkämpft. Verschiebungen und Veränderungen ergeben sich mit dem Wandel der Produktionsweisen aber auch als Ergebnis von Kämpfen von unten, wenn der (relative) gesellschaftliche Konsens brüchig wird, Versprechen auf ein gutes Leben unter dem Paradigma von Neoliberalismus und Niedriglohn nicht eingelöst werden können, die strukturelle Vergeblichkeit der Entwicklung von »Beschäftigungsfähigkeit« deutlich wird. Lange hält der »passive Konsens« für den Neoliberalismus: er wird nicht als gerecht oder wünschenswert wahrgenommen, aber als alternativlos. Die Situation kann Dynamik aufnehmen, wenn Protest und Dissens denkbar, machbar wird, wenn an den unwahrscheinlichsten Orten und von ganz normalen Menschen ein Bruch mit dem »weiter so« gesetzt wird.

Krise und Kämpfe

Als die Krise 2008 mit dem Zusammenbruch der Lehmann Brothers ins öffentliche Bewusstsein trat, wurde auch das Verhältnis von Staat und Wirtschaft, bzw. führenden Kapitalfraktionen durchgerüttelt: Die auf unklare Weise zustande gekommenen Forderungen nach einem finanziellen bail-out von Seiten der Vertreter von Banken und Finanzmärkten wurden rasch mit Zusagen beantwortet. Die Forderungen in den USA, nicht die Banken, sondern die überschuldeten KonsumentInnen auszulösen – »*bail out the people not the banks*« – verhalte noch ohne die Kräfteverhältnisse ernsthaft in Frage zu stellen.

Die Politik der CDU bzw. der deutschen Regierung konnte den ersten Schreck der Krise damit aufgefangen, dass sie die Handlungsfähigkeit des Staates demonstrierte, »Sparguthaben sicherte« und die Wahrnehmung stärkte, dass die Rettung der Ban-

ken Allgemeininteresse sei. Das Auftreten der neoliberalen PolitikerInnen als VertreterInnen und SachwalterInnen der Interessen des Staates/Volkes gegen die Banken, im Interesse der Opel-Beschäftigten etc. konnte offensichtlich an die Sehnsucht nach dem korporatistisch-fordistischen Staat anknüpfen, in dem nicht die Menschen der globalen Standortkonkurrenz unterstellt schienen. Die Stärkung »des Staates« stärkt auch seine Funktion der ideologischen Darstellung von Gemeinschaftlichkeit einer zerrissenen Klassengesellschaft. Real bedeutete die Politik des Bail-Out viel eher eine Privatisierung des Staates und eine ungeheure Umverteilung gesellschaftlicher Reichtümer zu Ungunsten der breiten Bevölkerungsschichten. Die ProfiteurInnen und die politischen AkteurInnen des Neoliberalismus gehen also aus der Krise eher gestärkt hervor.

Eine zentrale Rolle spielt dabei die so genannte »Abwrackprämie«. Ähnlich wie die populäre Sehnsucht nach dem fordistisch-korporatistischen Staat ist ihre Durchsetzung eine Art zeitlich begrenzte Wiederbelebung des korporatistischen Dreiecks gewesen: ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als die Automobilindustrie nur noch die vergangene Leitproduktivkraft der kapitalistischen Produktionsweise repräsentieren kann, wird die mit ihr verknüpfte Gewerkschaft an den Verhandlungstisch gebeten, um die staatlichen Maßnahmen zur Nachfragestimulierung und Kurzarbeitsregelung zu diskutieren.

»Es ist ein hegemonialer Block von neoliberaler Politik, Traumfabriken, Großkonzernen, Gewerkschaften und abhängig Beschäftigten sowie der breiten Masse der Bevölkerung entstanden [...] Die ›Umweltprämie‹ hat genau jene, die in diesem historischen Block in der unteren Mitte eingeordnet sind, in Bewegung gesetzt, hat sie aktiviert in einer Weise, die ihre Subalternität zementiert, hat ihnen Gewinne versprochen, die in jeder Hinsicht teuer bezahlt werden – durch Verschuldung der öffentlichen Haushalte, Verfestigung überholter Industriestrukturen, Fortsetzung von Umwelt- und Klima zerstörender Produktions- und Lebensweise, der knechtenden Unterordnung unter die Teilung der Arbeit, die Ausbeutung der Dritten Welt« (Brie 2009: 169).

Gleichzeitig hat die Erfahrung des Kurzarbeitsgelds die Beschäftigten widersprüchlich gebunden: die Angst vor dem sozialen Absturz, die Bindung an die Beschäftigung nimmt zu, gleichzeitig vermittelten die wenigen Arbeitsstunden Machtlosigkeit: wer nur einmal die Woche zur Arbeit gerufen wird, sieht wenig Druckmittel im Streik. Das Anziehen der Exporte bedeutete für Viele in den betroffenen Branchen übervolle Arbeitswochen und Arbeitsbelastung. Die sozialen Verwerfungen in anderen europäischen Ländern lassen Alternativen unrealistisch erscheinen. So kann die Vorstellung, dass »unsere Gesellschaft stark veränderungsbedürftig ist«, die von 70 Prozent der Befragten in der Studie »Deutsche Zustände« (Schmid/Bös 2010: 114) geteilt wird, neben der von 60 Prozent geteilten Auffassung bestehen, dass nur TräumerInnen davon ausgingen, die Welt könne verändert werden: »Probleme, die es früher gab, wird es auch weiter geben«, so 85 Prozent der Befragten (ebd.: 115). Wenig überraschend idealisieren einkommensschwache Befragte den Status Quo weniger als einkommensstarke, sie neigen aber stärker zu Diskreditierung alternativer politischer Entwürfe (ebd.: 118).

Dies ist eine Seite einer »Repräsentationskrise«, in der die Zustimmung zum Bestehenden zwar nachlässt, aber keine alternativen Projekte oder Kräfte bestehen, die Veränderung möglich erscheinen lassen. Auch die Befragungen von Detje u. a. in ei-

ner gewerkschaftlichen Bildungsstätte zeigen »adressatenlose Wut«, Ohnmacht und Angst, die sich »kaum mit Hoffnung auf baldige Veränderung verbindet« (2011: 54).

Auf der Grundlage der Restrukturierung der Arbeitsverhältnisse mit der Krise des Fordismus sind die Handlungsmächte der Gewerkschaften geschwächt worden, der Übertritt der Sozialdemokratie zum Neoliberalismus in den 1990er Jahren hat auch die politische Repräsentation der Interessen der Beschäftigten (ganz zu schweigen von den Prekären und Arbeitslosen, die nun »KundInnen« der Arbeitsagenturen wurden) frei gemacht. Stuart Hall hat in seiner Analyse der Veränderung der traditionellen Sozialdemokratie gezeigt, wie diese für die ArbeiterInnen Erfolge herausgearbeitet hat, die Bewegung aber gleichzeitig »geköpft«, so dass sie dem Neoliberalismus und seinem Eindringen in die soziale Basis der Beschäftigten wehrlos ausgesetzt war – Gramsci nennt das *transformismo*. Die subjektiven Erwartungen sind durch diesen Prozess (noch) nicht grundlegend verändert, vielfach richten sie sich auf Gewerkschaften und Sozialdemokratie, wenn es um »realistische« Lösungen und Verbesserung der Lebenssituationen geht. Als in Deutschland die Exporte wieder angezogen haben, war die Option auf Protest und Veränderung allerdings zunächst erledigt: »wer herrscht, kann die Krise nicht lösen, hat aber die Macht zu verhindern, dass andere sie lösen, das heißt, hat nur die Macht, die Krise selbst zu verlängern« (Gramsci 1991ff, H. 14: §58, 1682).

Im Neoliberalismus, v.a. seiner Verallgemeinerung mit der Ausweitung von Niedriglohn und Prekarität unter der rot-grünen Regierung in Deutschland, ist »Krise« eine dauerhafte Erfahrung geworden, in der »Defensiverfahrungen bis hin zu sozialen und politischen Niederlagen (z. B. massive Zugeständnisse im »Standortpoker«), aber auch Erfahrungen von eigener Handlungsmacht, dort, wo es gelungen ist, betrieblichen Erpressungsversuchen mit erfolgreichem Widerstand zu begegnen« bestehen (Detje u. a. 2011: 54). In ihren Interviews finden Detje u. a. Haltungen, die die Krise durchaus als Bestätigung von lange gehegter Kritik fassen: Die Wiederaufnahme der Produktion auf hohem Niveau bei verschlechterten Ausgangsbedingungen (Stellenabbau, Ausweitung von Leiharbeit, Werkverträge etc.) für die Beschäftigten, auch innerhalb der relativ gut gestellten Stammbelagschaft in der Automobilindustrie (vgl. Behruzi 2011).

Unter dem Deckwort »Austerität« – das englische *austerity* bedeutet nichts anderes als Kargheit, Verzicht usw. – wird die Strategie von Niedriglohn, Sozialkürzungen, Privatisierung, der Rückzug des Staates aus den der Allgemeinheit verpflichteten Aufgaben verallgemeinert. In Deutschland scheint das nach innen magisch zu wirken: »Ja, es wurde Verzicht gefordert, ja, die Löhne sind niedrig, aber seht wie es den anderen geht.« Der Blick auf die Krisen in anderen Euroländern wirkt disziplinierend und schürt nationale Besserwisserei: »sollen die Griechen halt mehr arbeiten«. Die Reaktionen können als erfolgreiche Ablenkung gesehen werden: es gibt durchaus ein populäres Gefühl, dass man »zur Kasse gebeten wird«, für Probleme, die durch andere verursacht worden sind, doch die tatsächlichen Ursachen und dahinter stehende Machtverhältnisse stehen nicht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Der tendenziell rassistische Konsens organisiert Zustimmung und einen neuen »transformismo«, wendet gewissermaßen den Slogan »Wir zahlen nicht für eure Krise« – gewendet gegen die Vereinnahmung der Regierung in den Diskurs allgemeiner Betroffenheit und Zuständigkeit für die Krise – gegen die Opfer der Krise und der (hegemonial deutschen) Krisenpolitik.

Dass die Krisenursachen in der Öffentlichkeit damit erfolgreich von Neoliberalismus und Finanzkapitalismus auf die Länder der europäischen Peripherie verschoben werden, setzt implizit die Niedriglohnpolitik der rot-grünen Regierung und ihrer konservativen Nachfolgerin ins Recht: Der deutsche Exporterfolg basiert auf eben der Niedriglohnstrategie, die Deutschland in den letzten Jahren eine im europäischen Vergleich überlegene Lohnstückkostenentwicklung beschert hat. Die Verallgemeinerung der deutschen Niedriglohnstrategie wird die Krise nicht lösen können – der Exportvorsprung ist eine solitäre Angelegenheit, eine Art »Extraprofit«, nur wenige können davon profitieren. Vielmehr wird der Export der Kürzungspolitik eine Neujustierung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit nach sich ziehen: Abgesenkte Löhne, massive Kürzung des »sozialen Lohns« in Form von Sozialleistungen und Infrastruktur, (weitere) Entdemokratisierung der Entscheidungsstrukturen. »Die Austeritätspolitik zielt nicht nur darauf, die Staatsausgaben zu senken oder die Steuereinnahmen durch Abgaben der unteren sozialen Klassen zu erhöhen. Es geht darum, das Lohnniveau auch im privaten Sektor abzusenken, die Arbeitszeit zu verlängern, also die Ausbeutung der Arbeitskraft insgesamt zu erhöhen« (Demirovic/Sablowski 2012).

In anderen Ländern hat »Durchstellung« von Kürzungspolitik und die Krise der Repräsentation der populären Unzufriedenheit vielfach zu Protest, Widerstand und Entwicklung neuer Organisirungen geführt. Occupy Wallstreet ist eine radikale Antwort auf die »Janusköpfigkeit der Repräsentation« (vgl. Kaindl/Rilling 2011). Die Form ihrer Organisierung (in den USA) reflektiert ihre Forderungen: horizontale und inklusive Formen von Partizipation, »wirkliche Demokratie«, die die Herrschaft des einen Prozent über die »99 Prozent« beendet. Das Repräsentationsprinzip an sich wird in Frage gestellt, nicht aber die Vorstellung von Organisierung: »die Versammlungen haben einen hohen Grad an innerer Organisation«, medizinische Versorgung, Essensversorgung, Bibliothek, Mediation, Seminare. Vernetzung der Besetzungen untereinander, die Verknüpfung mit gewerkschaftlichen Kämpfen und der Bewegung von Genossenschaften und selbstverwalteten Betrieben, das Ausgreifen in die Nachbarschaften und die Verbindung der lokalen, unmittelbaren Probleme mit der Perspektive von Krise und Krisenbewältigung – das ist noch kein Prozess von gesamtgesellschaftlicher Gegenmacht, aber er könnte dazu beitragen, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse als veränderbar und Organisierung als Handlungsmacht erfahren wird, die eigene Probleme mit gesellschaftlichen Dimensionen verbindet.

In Deutschland dagegen mangelt es den Subalternen »vielfach gespalten [...] bisher an einer gemeinsamen Sprache, einem Verständnis gemeinsamer Interessen« (Candeias 2011). Der Versuch der Gewerkschaften, durch höhere Lohnforderungen in den aktuellen Tarifrunden die Niedriglohnstrategie zu unterlaufen ist in der ersten Runde bei Ver.di gescheitert: »mindestens 200 Euro mehr« zielte auf eine deutliche, überdurchschnittliche Verbesserung der unteren Einkommensklassen – und konnte nicht durchgesetzt werden; sie wurde auch nicht zum Eskalationspunkt gemacht. Und allerorten fehlen Konzepte und Erfahrungen mit transnationalen Protesten, die Strategien auf Höhe der transnationalen Kapitalstrategien entwickeln ließen und die den konkurrenzialen, nationalen Strategien die Grundlage entziehen könnten. Die internationale Vernetzung der Proteste mag ein erster Schritt sein; sie könnte neue Perspektiven eröffnen, auch im »Herzen der Bestie«.

Literatur

- Behruzi, Daniel (2011) »Wir hätten kämpfen können«. Gespräche zu Krise und Protest in Belegschaften, in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 2/11, 62-9.
- Brie, Michael (2009) Sind wir Auto? In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 1/09, 165-73.
- Bröckling, Ulrich (2002) Diktat des Komparativs. Zur Anthropologie des »unternehmerischen Selbst«. In: Ulrich Bröckling/ Eva Horn (Hg.) Anthropologie der Arbeit, Tübingen, 157-73.
- Candeias, Mario (2004) Erziehung der Arbeitskräfte. Rekommodifizierung der Arbeit im neoliberalen Workfare-Staat, in: Utopie kreativ 165/166, 589-601.
- Candeias, Mario (2011) Handlungsfähigkeit und Transformation, in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 2/11, 6-13.
- Demirovic, Alex (2003) Stroboskopischer Effekt und die Kontingenz der Geschichte. Gesellschaftstheoretische Rückfragen an die Regulationstheorie. In: Ulrich Brand/ Werner Raza (Hg.) Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes, Münster, 43-57.
- Demirovic, Alex/ Thomas Sablowski (2012) Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa, in: Prokla 166, 77-106.
- Detje, Richard/ Wolfgang Menz/ Sarah Mies/ Dieter Sauer (2011) Ohnmacht und Wut. Wahrnehmungen von Krisen im Betrieb, in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 2/11, 52-61.
- Dörre, Klaus (2003) Das flexibel-marktzentrierte Produktionsmodell. In: Klaus Dörre/ Bernd Röttger (Hg.) Das neue Marktregime, Hamburg, 7-34.
- Ehrenberg, Alain (2004) Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart, Frankfurt/M.
- Gramsci, Antonio (1991 ff) Gefängnishefte, Hamburg.
- Haug, Frigga (2004) Humanisierung der Arbeit. In: Wolfgang Fritz Haug (Hg.) Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 6.1, Hamburg, 537-48.
- Hentges, Gudrun/ Malte-Henning Meyer/ Jörg Flecker/ Sabine Kirschenhofer/ Eva Thoft/ Edvin Grinderslev/ Gabrielle Balazs (2003) The Abandoned Worker – Socio-economic Change and the Attraction of Right-wing Populismus. European Synthesis Report on Qualitative Findings, Wien.
- Illouz, Eva (2006) Gefühle in Zeiten des Kapitalismus, Frankfurt/M.
- Kaindl, Christina (2007) Frei sein, dabei sein: Subjekte im High-Tech-Kapitalismus. In: Christina Kaindl (Hg.) Subjekte im Neoliberalismus, Marburg, 141-61
- Kaindl, Christina/ Rainer Rilling (2011) Eine neue »gesellschaftliche Partei«. Linke Organisation und Organisierung, in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 4/11, 16-27.
- Rehmann, Jan (2007) Herrschaft und Subjektion im Neoliberalismus. Die uneingelösten Versprechen des späten Foucault und der Gouvernementalitäts-Studien. In: Christina Kaindl (Hg.) Subjekte im Neoliberalismus, Marburg, 75-92.
- Schmid, Veronika/ Matthias Bös (2010) Aufbruchstimmung in Krisenzeiten – oder hoffnungslos unzufrieden? In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.) Deutsche Zustände, Folge 8, Frankfurt/M.
- Steinrücke, Margarete (2005) Soziales Elend als psychisches Elend. In: Franz Schultheis/Kristina Schulz (Hg.) Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag, Konstanz, 198-208.

Anmerkung

- 1 Dabei unterscheiden Bröckling und andere Vertreter der Gouvernementalitätsstudien allerdings ungenügend zwischen der Anforderungs- und Bedeutungsstruktur und ihrer Realisierung in den Denk- und Handlungsformen der Subjekte (zur Kritik vgl. Kaindl 2007; Rehmann 2007).